

Wirtschaftskrise in Russland

Risiken und Kosten für andere Länder Eurasiens

Alexander Libman

Die Wirtschaftskrise in Russland dürfte massive Auswirkungen auch auf jene Länder Eurasiens haben, die wirtschaftlich in hohem Grade von Russland abhängig sind. Besonders schwierig könnte die Lage für einige Staaten Zentralasiens werden, aber auch für Armenien, Moldau und Belarus. Wegen der Rubel-Abwertung droht diesen Ländern ein Verlust der für sie wichtigen Märkte in Russland. Es gibt darüber hinaus weitere Risiken: Migranten kehren zurück, womit deren Rücküberweisungen wegfallen, die Investitionen aus Russland und dessen Finanzhilfen sind rückläufig. Für Turkmenistan und Aserbaidschan, die wirtschaftlich von Russland nicht so stark abhängig sind, scheinen die Auswirkungen geringer zu sein. Die russische Wirtschaftskrise kann nicht zuletzt die prekäre Wirtschaftslage in der Ukraine deutlich verschärfen.

Die Währungskrise im Dezember 2014 hat gezeigt, dass sich die russische Wirtschaft auf eine tiefe Rezession zubewegt. Doch nicht nur in Moskau hat man Gründe, deswegen besorgt zu sein. In der Vergangenheit hatten große Wirtschaftskrisen in Russland stets negative Auswirkungen auch auf andere Länder der Region. Welche Risiken könnten durch die Krise in Russland für seine Nachbarn entstehen? Und welche Länder sind besonders betroffen?

Gravierendste Risiken

Exporte: Im Zuge der Rubel-Abwertung werden die Länder Eurasiens weniger nach Russland exportieren, es sei denn, ihre jeweilige nationale Währung wertet in vergleichbarem Maße ab (was bislang nur in

der Ukraine geschehen ist). Der Handel einiger Länder der Region ist eng an Russland gekoppelt: Zum Teil bestehen wirtschaftliche Verflechtungen, die auf einer ausgeprägten, zur Zeit der UdSSR begründeten technologischen Komplementarität beruhen. Für sie wird es schwierig sein, einen Ersatz für die wegfallenden russischen Märkte zu finden. Außerdem können die jetzt billiger gewordenen russischen Güter einheimische Produkte von den internen Märkten verdrängen.

Direktinvestitionen: In einigen Ländern Eurasiens haben vor allem russische Unternehmen investiert; sollten diese Unternehmen ihre Investitionen kürzen oder gar streichen, wird es für die betroffenen Länder schwierig, neue Investitionsquellen zu erschließen. Auch die Direktinvestitionen

westlicher Konzerne werden möglicherweise entfallen; in der Vergangenheit wurden sie häufig durch russische Tochtergesellschaften getätigt, die über die notwendige Expertise verfügen, um auf den Märkten Eurasiens erfolgreich zu sein.

Migration: Seit Mitte der 2000er Jahre wurde Russland attraktiv für Arbeitsmigranten, insbesondere aus Tadschikistan, Kirgisistan und Usbekistan, aber auch aus Moldau, Armenien und der Ukraine. Für einige Länder Eurasiens spielen die Rücküberweisungen der Migranten eine sehr wichtige, wenn nicht entscheidende Rolle: Nach Angaben der Weltbank haben in Tadschikistan, Kirgisistan, Moldau und Armenien die Rücküberweisungen einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von mehr als 20 Prozent (siehe Tabelle). Zwei Drittel der nach Moldau fließenden Rücküberweisungen kommen aus Russland, der Rest stammt aus westeuropäischen Ländern; für Menschen aus Kirgisistan spielt auch Kasachstan als Einwanderungsland eine wichtige Rolle, für Armenien, Tadschikistan und Usbekistan aber ist Russland Haupteinwanderungsziel.

Die Krise in Russland wird wahrscheinlich auch einen Rückgang der Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften zur Folge haben. Löhne werden bereits gekürzt und Mitarbeiter gekündigt; selbst wenn ihre Löhne nicht gekürzt wurden, wird es den Migranten angesichts der gestiegenen Preise schwerfallen, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren und Geld nach Hause zu schicken. Es gibt bereits Anzeichen dafür, dass Migranten vor allem aus Zentralasien Russland verlassen. Nach Angaben der russischen Migrationsbehörde FMS haben in der zweiten Jahreshälfte 2014 rund 365 000 usbekische Migranten Russland den Rücken gekehrt; nach Tadschikistan gingen 179 000 Migranten zurück, nach Moldau 35 000. Die Verschärfung der russischen Migrationsgesetzgebung im Januar 2015 forciert den Weggang der Einwanderer noch. Die Migranten aus Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) haben laut offiziellen Angaben der Zentralbank im dritten Quartal 2014 5 Prozent weniger Geld in

ihre Heimat überwiesen als im dritten Quartal 2013. Im Oktober 2014 war die Summe der Überweisungen in die GUS-Länder um 21 Prozent geringer als im Oktober 2013. Dieser Trend dürfte sich fortsetzen.

Die mit der Migration verbundenen Auswirkungen können unter Umständen am stärksten unmittelbar auf einzelne Länder durchschlagen: Da die Migranten in Russland meist im informellen Sektor beschäftigt sind, wird es für die Arbeitgeber sehr einfach sein, Entlassungen oder Lohnkürzungen vorzunehmen. Anderen Folgen der Krise kann der Kreml möglicherweise mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegensteuern – es ist aber kaum vorstellbar, dass Russland die Migration unterstützen wird (mit Ausnahme der politisch motivierten Einwanderung aus der Ukraine).

Russische Finanzhilfe: Aufgrund seiner wirtschaftlichen Probleme kürzt Russland auch seine Finanzhilfen für einige Länder Eurasiens. Besonders gravierend ist dies für Belarus, das in vielerlei Hinsicht von Russland subventioniert wird (nach Schätzungen der Belarussischen Akademie der Wissenschaften machten 2012 allein die russischen Subventionen im Energiesektor von Belarus rund 16 Prozent seines BIPs aus). Auch andere Länder Eurasiens erhalten Wirtschaftshilfe von Russland, etwa aus dem Anti-Krisen-Fonds der Eurasischen Wirtschaftsunion, die 2009 gegründet wurde. Inwieweit die Subventionen beibehalten werden, hängt nicht zuletzt vom politischen Willen der russischen Führung ab – selbst wenn Russland noch tiefer in die Krise gerät, könnte es versuchen, an politisch motivierten Ausgaben so lange wie möglich festzuhalten. Sollten aber die Einnahmen des russischen Staatshaushalts dramatisch sinken oder die Reserven nicht ausreichen, wird Russland zugunsten der Finanzierung etwa von Militär- oder Sozialausgaben die Subventionierung anderer Länder stark einschränken oder gar einstellen.

Stimmung in der Bevölkerung: Die Menschen in diesen Ländern wissen und spüren, dass sie von der russischen Wirtschaftskrise betroffen sind. So hat in Belarus die Erwar-

Tabelle: Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Russland und zehn Ländern Eurasiens

Land	Anteil der Exporte nach Russland an gesamten Exporten (% , 2013)	Anteil der Importe aus Russland an gesamten Importen (% , 2013)	Anteil der russischen Direktinvestitionen an den akkumulierten Direktinvestitionen (% , Ende 2013)	Transfers natürlicher Personen aus Russland (Mio. US-Dollar)	Anzahl Bürger, die sich in Russland aufhalten (Tsd., 20.1.2015)	Anteil der Migranten-transfers aus allen aufgelisteten Ländern am BIP (% , 2013)
Armenien	22,60	24,81	40–60	1715	480,0	21,0
Aserbaidshon	4,50	14,05	5–10	1340	579,5	2,4
Belarus	45,34	53,24	40–60	399	517,8	1,7
Kasachstan	8,55	35,61	5–10	561	597,6	0,1
Kirgisistan	8,57	20,89	10–20	2106	545,0	31,5
Moldau	26,04	14,39	10–20	1279	561,0	24,9
Tadschikistan	1,14	16,11	> 60	4173	999,2	47,5 (2012)
Turkmenistan	1,04	16,28	< 1	40	24,4	k.A.
Ukraine	23,80	30,19	10–20	3424	2417,6	5,4
Usbekistan	18,24	21,68	40–60	6689	2215,8	k.A.

Quellen: berechnet nach Daten des Internationalen Währungs-fonds (Directions of Trade Statistics), der Eurasian Development Bank, der Central Bank of the Russian Federation, des Russian Federal Migration Service und der Weltbank.

tung, dass die eigene Währung nach dem russischen Rubel ebenfalls abgewertet wird, im Dezember 2014 eine starke Nachfrage nach Devisen ausgelöst. Ähnliche Panikreaktionen sind auch in Zukunft bei massiven Schwankungen des Rubel-Kurses vorstellbar, was die Wirtschaftslage weiter destabilisieren wird.

Perzeption der Investoren: Ein weiteres Problem könnte sich dadurch ergeben, dass Investoren etwa aus Europa oder den USA die Region nicht differenziert genug sehen; wirtschaftliche Probleme Russlands werden automatisch auch auf die Nachbarländer projiziert; aus diesem Grunde fließt Kapital aus der Region ab.

Folgen der Sanktionen: Hinzu kommen die Effekte der internationalen Sanktionen, die gegen Russland verhängt worden sind. Die bereits wirksamen Sanktionen gefährden die Teilnahme der russischen Banken am internationalen Zahlungsverkehr nicht. Seit September 2014 wird indes darüber diskutiert, dass die Organisation SWIFT russische Banken von allen internationalen Zahlungsströmen abschneiden sollte. Damit würde auch der Zahlungsverkehr zwischen Russland und den Ländern Eurasiens unterbrochen. In diesem Falle würden nicht nur die Exporte nach Russland zurückgehen:

die Unternehmen eurasischer Länder würden auch keine russischen Importe mehr beziehen können. Ganze Wertschöpfungsketten würden damit gekappt. Auch Rücküberweisungen könnten die Migranten dann zum Teil nicht mehr tätigen.

Risiken für einzelne Länder

Die aus der russischen Wirtschaftskrise resultierenden Risiken betreffen einzelne Länder Eurasiens in unterschiedlichem Maße. Die Tabelle oben beziffert die wirtschaftlichen Abhängigkeiten, die zwischen diesen Ländern und Russland bestehen. Eine Einschränkung der Exporte würde Belarus besonders hart treffen; in geringerem Maße gilt dies auch für Armenien und Moldau. Russische Investitionen sind für Armenien, Belarus, Tadschikistan und Usbekistan elementar. Ein Ausfall der Transfers von Migranten trafe Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan besonders hart. Kasachstan ist gegenüber Schwankungen bei Exporten und Transferzahlungen von Migranten weniger verwundbar, kann aber unter einem Ausfall der Importe leiden. Für alle Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion und der GUS-Freizone (also sämtliche Länder der Region außer Turkme-

nistan und Aserbaidschan) ist die Verdrängung einheimischer Güter durch russische Wettbewerber ein potentiell Problem. Am wenigsten scheint das wirtschaftlich isolierte Turkmenistan von der Krise betroffen zu sein. Auch für Aserbaidschan sind die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland von geringerer Bedeutung.

Die Ukraine ist ein spezieller Fall. Das Volumen ihres Handels mit Russland schrumpfte bereits 2014 stark: Im Zeitraum Januar–November 2014 war es 39 Prozent geringer als im Vorjahreszeitraum. Dennoch bleibt Russland der mit Abstand wichtigste Handelspartner der Ukraine: Im Zeitraum Januar–November 2014 entfielen 19 Prozent der Exporte und 24 Prozent der Importe auf Russland. Nicht auszuschließen ist, dass Handelsströme aus Russland nun über Belarus umgeleitet werden. Die Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland hat wahrscheinlich längst dazu geführt, dass sich die wirtschaftliche Lage in der Ukraine verschlechtert. Aber es besteht durchaus das Risiko einer weiteren Eintrübung der wirtschaftlichen Beziehungen, die angesichts der allgemeinen Wirtschaftskrise in der Ukraine eine besondere Gefahr bedeutet.

Die Datenlage zur Migration von Arbeitskräften aus der Ukraine nach Russland ist widersprüchlich: Nach russischen Angaben ist die Zahl der in Russland lebenden Ukrainer 2014 um 55 Prozent gestiegen – einbezogen sind jedoch auch Flüchtlinge aus Donbass. Aus politischen Gründen könnte diese Angabe also auch manipuliert sein. Die Entscheidung der ukrainischen Migrantinnen, in Russland zu bleiben, wird stark von politischen Faktoren beeinflusst (etwa von der Mobilmachung in der Ukraine).

Politische Implikationen

Die geschilderten Entwicklungen stellen die europäische Politik vor zwei größere Herausforderungen. Erstens besteht die Gefahr einer generellen wirtschaftlichen Destabilisierung der Region. Die Länder der östlichen Nachbarschaft (Moldau, Armenien, Belarus

und die Ukraine) sind bereits massiv betroffen. Selbst jene Länder, die sich politisch von Russland distanzieren und eine Annäherung an die EU anstreben, sind wirtschaftlich stark von Russland abhängig und darum ebenfalls Risiken ausgesetzt. Die EU müsste sich bei ihrer Beratung und Unterstützung auf Probleme fokussieren, die von der russischen Krise verursacht wurden (etwa auf Beschäftigungsoptionen für die zurückkehrenden Migranten oder den Umgang mit Handelsabhängigkeiten).

Die Krise könnte in einigen Ländern Eurasiens antiwestlichen Stimmungen Auftrieb geben. Entscheidend ist dabei, welche Faktoren die Bevölkerung und die zurückkehrenden Migranten für die Krise verantwortlich machen. Der Kreml in Moskau hat die Bevölkerung durch massiven Propaganda-Einsatz der Medien davon überzeugen können, dass die Krise primär auf Druck von außen zurückzuführen ist. Russische Medien sind auch in anderen Ländern Eurasiens stark vertreten und können dort die Meinungsbildung beeinflussen.

Zweitens gerät die europäische Politik in der Ukraine-Krise und generell gegenüber der östlichen Nachbarschaft im Zuge der skizzierten Effekte in einen Zielkonflikt: Wenn sie den wirtschaftlichen Druck auf Russland erhöht, gefährdet sie mittelbar die wirtschaftliche Stabilisierung der Ukraine und anderer Länder der Region. Sanktionen gegen Russland können auch die Wirtschaft der Ukraine und anderer Länder der östlichen Nachbarschaft in Mitleidenschaft ziehen. Die EU konterkariert damit folglich eigene Ziele in der Region.

Insofern ist Vorsicht bei der Ausweitung von Sanktionen geboten, insbesondere wenn sie unmittelbar auf den internationalen Zahlungsverkehr einwirken. Denn dies hat schwer vorherzusagende Folgen, die über die russische Volkswirtschaft hinausgreifen. Ebenso schwer lässt sich abschätzen, inwieweit es möglich ist, mit westlichen Finanzhilfen die wirtschaftlichen Kosten auszugleichen, die der Ukraine und anderen Ländern der östlichen Nachbarschaft durch die russische Krise entstehen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364